

Militärpolitische Aspekte des israelisch-libanesischen Konflikts

von Dr. Peter Roell

Vorbemerkung

Seit Beginn des Waffenstillstands am 14. August 2006 wird in Israel heftige Kritik an der Regierung geübt. So habe das Kabinett Olmert die Armee unvorbereitet in einen Krieg geführt, weder die Freilassung zweier durch die Hisbollah entführten Soldaten erreicht noch die Hisbollah-Miliz völlig zerschlagen können.

Es ist somit sinnvoll, der Frage nach den Ursachen des israelischen Waffengangs, den militärpolitischen Zielsetzungen, der Art der Kriegführung und deren Ergebnissen näher nachzugehen.

Ursachen des Konflikts

Als unmittelbarer Auslöser des israelisch-libanesischen Konflikts am 12. Juli 2006 wird von der israelischen Regierung die Entführung von zwei israelischen Soldaten durch die Hisbollah genannt. Am Morgen des 12. Juli hatte zudem eine kleine Gruppe der Hisbollah-Miliz mit Panzerabwehrraketen einen Angriff auf zwei gepanzerte Fahrzeuge der IDF durchgeführt und dabei drei israelische Soldaten getötet. Gleichzeitig beschoss die Hisbollah die nordisraelische Stadt Shlomi und Außenposten in den Sheeba-Farmen mit Katjuscha-Raketen.

Am 13. Juli 2006 erfolgte dann ein Raketenangriff auf Haifa. Die Hisbollah stellte damit unter Beweis, dass sie in der Lage ist, weit reichende militärische Initiativen zu ergreifen und israelisches Kernland empfindlich zu treffen. Für Israel waren deshalb militärische Gegenmaßnahmen unabdingbar.

Seit Mai 2006 hatten die Auseinandersetzungen zwischen den israelischen Streitkräften im Libanon und der Hisbollah an Intensität gewonnen, aber auch im Gaza-Streifen kam es bereits zu verstärkten Kampfhandlungen zwischen Israel und der Hamas.

Israels Ministerpräsident Ehud Olmert bezeichnete den Angriff der Hisbollah als Kriegsakt und kündigte Libanon eine sehr schmerzvolle und weit reichende Antwort an. Israels Generalstabschef Dan Halutz ging sogar noch weiter und drohte, die Infrastruktur des Libanon zu zerstören, falls die entführten Soldaten nicht freigelassen würden. Die Uhren des Libanon würden dann um 20 Jahre zurückgedreht werden.

Hassan Nasrallah, Generalsekretär der Hisbollah, teilte in einer Pressekonferenz mit, dass keine Militäroperation die israelischen Soldaten zurückbringen würde. Dies sei nur im Rahmen von indirekten Verhandlungen und einem Gefangenaustausch möglich.

Die libanesisische Regierung unter Ministerpräsident Fuad Siniora missbilligte den Angriff der Hisbollah, ging mit eigenen Streitkräften aber nicht gegen diese vor. Dazu war sie aufgrund der politischen Konstellationen im Libanon und einer wenig effizienten Armee auch nicht in der Lage.

Die Entführung der zwei israelischen Soldaten durch die Hisbollah war aus meiner Sicht nicht der Grund für Israels massives militärisches Vorgehen gegen die Hisbollah im Libanon.

Israels Mossad sowie der militärische Nachrichtendienst beobachteten seit Jahren ein sich im Libanon aufbauendes Bedrohungspotential, umfangreiche Waffenlieferungen aus dem Iran über Syrien, den Ausbau von Bunker- und Tunnelsystemen, bis hin zur Anlegung von Waffendepots in Wohngebieten im Libanon, einschließlich in dicht besiedelten Gebieten in Beirut. In diesem Zusammenhang muss auch die Proliferation moderner Waffensysteme seitens des Irans über Syrien an die Hisbollah erwähnt und die Frage gestellt werden, wie die westliche Staatengemeinschaft auf diese Form des „Staatsterrorismus“ reagiert bzw. reagieren wird.

Diese ernsthafte Bedrohungslage, wie der spätere Kriegsverlauf sehr deutlich zeigte, wurde meiner Meinung nach von der politischen und militärischen Führung Israels gegenüber der eigenen Bevölkerung nicht hinlänglich kommuniziert und belastete später das innenpolitische Klima im Lande.

Unterstützt wird meine These durch die Worte des israelischen Verteidigungsministers Amir Peretz, der die Hisbollah als „iranische Vorhut“ bezeichnete und die militärische Offensive im Libanon als eine Anstrengung bewertete, einer strategischen Bedrohung des jüdischen Staates vorzubeugen. Und in der Tat hatte der Iran, wie dies aus unterschiedlichen Quellen verlautete, Nasrallah gedrängt, Israel verstärkt unter Beschuss zu nehmen. Israel handelte somit präventiv, wie dies auch der Militärdoktrin entspricht.

Natürlich hätte Israel auch eine rein diplomatische Lösung wählen können, um die Befreiung der zwei entführten Soldaten zu erwirken, aber aus Sicht der politischen und militärischen Führung Israels wäre dies eine Option gewesen, die die militärische Auseinandersetzung mit der Hisbollah nur weiter hinaus geschoben hätte.

Man entschied sich somit für einen umfassenden Einsatz der Luftstreitkräfte, in erster Linie gegen Infrastruktureinrichtungen im Libanon, Waffendepots der Hisbollah und sonstige militärische Ziele. Der Einsatz der Luftwaffe erfolgte auch deswegen, um eigene Verluste möglichst gering zu halten. Jedem militärischen Führer ist dabei klar, dass eine nachhaltige Schwächung der Hisbollah nur durch den Einsatz starker Bodentruppen möglich gewesen wäre. Diese Erkenntnis wird Israel veranlassen, die Heeresstreitkräfte neu zu strukturieren, hin zu kleineren kampfstarken Truppen. Dabei muss Israel aus gutem Grunde dem Thema „Sicherheit der Kommunikationswege“ besondere Beachtung widmen.

Israels Defizite

Israels Generalstabschef Halutz gestand am 24. August 2006 in einem Brief an die Truppe hinsichtlich des israelisch-libanesischen Konflikts Schwächen in den Bereichen Planung, operative Führung und Logistik ein. Meiner Meinung nach lassen sich einige Defizite wie folgt zusammenfassen:

- keine stringenten militärischen Aufträge und Zielvorgaben seitens der Regierung an die Armeeführung;
- Veränderung der ursprünglichen Kriegsziele wie Zerschlagung der Hisbollah, Schaffung einer Sicherheitszone bis zum Litani-Fluss, verbleibend nur noch die Verhinderung des Raketenbeschusses Israels;
- keine klare Auftragstaktik während der Kampfhandlungen;
- unzureichende nachrichtendienstliche Erkenntnisgewinnung im taktischen Bereich, insbesondere im Süden des Libanon;
- Anpassungsschwierigkeiten an die asymmetrische Kriegsführung der Hisbollah;
- mangelhafte Sicherheit im Bereich Kommunikation;
- überhastete Ausbildung und lückenhafte Ausrüstung der Reservisten;
- mangelnde Logistik (Wasser, Nahrungsmittel, Munition);
- Defizite beim Schutz und der Evakuierung der Zivilbevölkerung;
- Defizite im Bereich der psychologischen Kriegsführung und im „Kampf der Bilder“.

Die Rolle des Iran

Will man die Rolle des Irans im israelisch-libanesischen Konflikt näher analysieren, ist ein Blick auf Teherans Bedrohungsperzeption unerlässlich. Die Entscheidungsträger konstatieren eine starke amerikanische Militärpräsenz am Golf und im geographischen Umfeld des Iran. Dass man sich nach Washingtoner Lesart auf „der Achse des Bösen“ befindet, trägt nicht zur Beruhigung der iranischen Führung bei. Diese fühlt sich umzingelt.

Aus Sicht der iranischen Regierung muss es somit wichtigstes außenpolitisches Ziel sein, die amerikanische Präsenz in der Region zu schwächen und den Iran als unangefochtene Regionalmacht zu etablieren.

Hinzu kommt eine religiös-ideologische Komponente. Präsident Achmadinedschad sieht sich in der Nachfolge des Ayatollah Khomeini, der das Judentum als Feind des Islam bezeichnete. Seine Aussage, den „Schandfleck Israel von der Landkarte zu wischen“ ist keineswegs Populismus, sondern sollte sehr ernst genommen werden. Israel ist nach Auffassung einiger Entscheidungsträger im Iran nur „der kleine Satan“, der Repräsentant „des großen Satans“. Diese Umschreibung zielt nicht so sehr auf die USA ab, sondern vielmehr auf westliche Politik, westliches Demokratieverständnis und eines von der Aufklärung geprägten liberalen Gedankengutes.

Vergessen ist in Teheraner politischen Führungskreisen auch nicht die Unterstützung des Westens für den Irak während des iranisch-irakischen Krieges in den 80er Jahren sowie das amerikanische Embargo, das Teheran weitgehend den Zugang zu westlicher Hochtechnologie verwehrte. Hinzu kommt aus eigenem Selbstverständnis heraus der Stolz auf eine 2500-jährige Geschichte, und wenn der „Zwerg“ Pakistan über A-Waffen verfüge, warum sollte dann der Iran aus der Sicht Teherans auf ein derartiges Waffenpotential verzichten?

Auf dem Weg, dominante Regionalmacht werden zu wollen, setzt Teheran deshalb folgende Machtmittel ein:

- Ausbau des iranischen Nuklear- und Raketenpotentials;
- Konzentration auf eine asymmetrische Kriegführung - bei weit überlegenem Militärpotential der USA und Israels - nebst A-Waffenpotential;
- dabei Nutzung der Hisbollah und der Hamas, um Israel unter Druck zu setzen;
- Drohungen, „Öl als Waffe“ zu gegebener Zeit einzusetzen;
- Einflussnahme auf die schiitische Bevölkerung im näheren Umfeld, aber auch weltweit. Präsident Achmadinedschad unternimmt dabei den Versuch, die Gegensätze zwischen Schiiten und Sunniten zu überbrücken.

Seit 1989 können Beschaffungsaktivitäten des Iran für ein ziviles Nuklearprogramm beobachtet werden. Seit Ende 2003 gibt es Hinweise auf ein mögliches geheimes Nuklearprogramm, wobei dieses Kernwaffenprogramm bislang nicht eindeutig identifiziert werden konnte.

Nach Einschätzung von Militärexperten wird der Iran in den nächsten 4 Jahren nicht in der Lage sein, eine ausreichende Menge an hoch angereichertem Uran für Kernwaffen zu produzieren. Die Fähigkeit zum Bau von A-Waffen wird weitere Zeit in Anspruch nehmen.

Diese Zeitspanne schafft Raum für politische Verhandlungen mit Iran, auf ein militärisches Nuklearprogramm zu verzichten, aber auch Zeit für militärische Planungen der USA und Israels.

Neben dem Ausbau seines Nuklearprogramms forciert Iran sein militärisches Raketenprogramm. Entwicklung und Kauf von weiteren ballistischen Raketen mittlerer und interkontinentaler Reichweite stehen dabei ganz oben auf der Agenda. Die jüngsten Manöver des Irans, der kaskadenartige Abschuss zahlreicher Mittelstreckenraketen, sollte der westlichen Welt die Fähigkeiten Irans demonstrieren.

Das Thema Raketenabwehr muss somit in der NATO und in der EU an Bedeutung gewinnen!

Sollte der Iran seine Drohungen wahr machen und „Öl als Waffe“ einsetzen, käme es zu einem neuen Ölpreisschock. Dabei sollte nicht übersehen werden, dass ein Großteil der Einnahmen des Irans aus dem Ölexport stammen und sich Iran somit selbst strangulieren könnte.

Sollte Iran Atommacht werden, käme es zu einer qualitativen Veränderung der iranischen militärischen Fähigkeiten und zu einer grundlegenden Veränderung der militärischen Kräfteverhältnisse in der Region. Israel, das über keine geografische Tiefe verfügt, sähe sich in hohem Maße gefährdet. Ein Präventivschlag seitens Israels und der USA könnte nicht ausgeschlossen werden. In solch einem Fall stünde Teheran eine Palette militärischer Gegenmaßnahmen zur Verfügung, die hier im Einzelnen nicht näher diskutiert werden sollen.

Ferner wäre ein Wettüben in der Region - erste Zeichen gibt es bereits – sehr wahrscheinlich. Die schon jetzt vorherrschende Instabilität in der Region würde weiter erhöht werden.

Die Kernfrage bei der Bewertung der Rolle eines nuklear bewaffneten Irans lautet: Kann man Entscheidungsträgern im Iran ein gewisses Maß an Rationalität unterstellen? Ließe sich diese Frage mit einem eindeutigen Ja beantworten, könnte der Besitz von Nuklearwaffen als „politische Waffen“ bewertet werden. Sie hätten dann den Zweck, den Bestand des klerikalen Systems zu sichern, Iran als respektable Regionalmacht zu etablieren und die Handlungsoptionen der USA und Israels zu begrenzen.

Ob Israel und die USA dies zulassen werden, trotz der kritischen Lage für die USA im Irak und in Afghanistan, bleibt abzuwarten. Die EU spielt in diesem Szenario eher eine untergeordnete Rolle.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Iran weiterhin seine Zielsetzungen mit Nachdruck verfolgen und seine bisherige Verhandlungstaktik beibehalten wird. Von seinen nuklearen Ambitionen wird sich Teheran nur schwer abhalten lassen. Durch den Erfolg der Demokraten bei den US-Kongresswahlen sieht sich die iranische Führung in ihrer Politik noch beflügelt. Oberflächlich mag es zu einer gewissen politischen Entspannung zwischen Teheran und Washington kommen. Da das äußerst komplexe Konfliktpotential in der Region aber weiterhin bestehen bleibt, sind künftige Konflikte vorprogrammiert.

Die Rolle Syriens

Seinen historischen Anspruch auf den Libanon hat Syrien nie aufgegeben. Zwar mussten syrische Truppen im vergangenen Jahr aufgrund des Drucks der USA und der Vereinten Nationen den Libanon verlassen, aber Damaskus versucht weiterhin mit Hilfe der Hamas und der Hisbollah Einfluss im Libanon und in der Region zu gewinnen.

Ein Grund für die konfrontative Haltung Syriens gegenüber Israel ist die seit 1967 andauernde Okkupation der Golan-Höhen. Die Auffassung des deutschen Außenministers, Frank-Walter Steinmeier, Syrien „konstruktiv“ an einer Lösung des israelisch-libanesischen Konflikts zu beteiligen, ist im Ansatz richtig, denn Syrien ist in der Region ein zu bedeutsamer Akteur, um Damaskus auf Dauer ignorieren zu können.

Aufgrund einer gegen Israel und die USA gerichteten provokativen Rede des syrischen Präsidenten Bachar al-Assad sagte Außenminister Steinmeier seinen geplanten Besuch in Damaskus kurzfristig ab. Assads Rede sollte aber nicht überbewertet werden. Als arabischer Führer traf er mit seinen rüden Worten den Zeitgeist in der Region, indem er den „Sieg der Hisbollah“ rühmte und von einer zerstörten Illusion einer Neuordnung des Nahen Ostens nach israelischen oder US-Vorstellungen sprach.

Nach dem israelischen Waffengang im Libanon sehen sich Syrer und Iraner in ihren Positionen gestärkt. Da auf israelischer Seite zurzeit wenig Neigung besteht, mit Damaskus über die Rückgabe der Golan-Höhen zu verhandeln, muss sich Assad politisch nicht sonderlich bewegen. Im Gegenteil - festgestellte Waffenlieferungen über Syrien an die Hisbollah lägen durchaus im Interesse Syriens.

Diplomatie ist allerdings auch die Kunst zur richtigen Zeit die richtigen Angebote zu unterbreiten. Früher oder später wird Damaskus ohnehin vor der Wahl stehen, ob man auf großzügige Angebote der EU und der Bundesrepublik Deutschland, ggf. auch der USA und Israels, eingehen oder an der Seite des Irans verbleiben will, der in zunehmendem Maße unter Druck gesetzt werden wird.

Zwischenzeitlich wird Syrien fortfahren, seinen Einfluss im Libanon zu erweitern und - so wie der Iran - versuchen, seine regionalen Machtambitionen zu verwirklichen, zum Leidwesen Saudi-Arabiens und Ägyptens.

Die Rolle der USA

In einer ersten Stellungnahme zum israelisch-libanesischen Konflikt äußerte sich Präsident Bush „besorgt über die Demokratie im Libanon“. So wie die deutsche Bundeskanzlerin, Frau Dr. Merkel, betonten auch die USA, dass Israel das Recht auf Selbstverteidigung habe.

Der US- Journalist Seymour Hersh veröffentlichte in der Zeitschrift *The New Yorker* einen Artikel, in dem er zahlreiche anonyme amerikanische und israelische Quellen aus regierungsnahen Kreisen zitierte, denen zufolge Israel die Angriffe gegen die Hisbollah bereits Monate vorher geplant habe. Demnach sei auch die US-Regierung schon lange zuvor auf einen solchen Krieg vorbereitet gewesen. Dies sei, so Hersh, Teil einer militärischen Kooperation, die vor allem die Luftstreitkräfte beider Länder betreffe. Die US-Regierung sehe die Militäroperationen gegen die Hisbollah als Testfall für einen amerikanischen Luftangriff auf den Iran an.

Teheran habe die Hisbollah bei der Entwicklung unterirdischer Bunkeranlagen unterstützt, wie sie in ähnlicher Weise auch im Iran existierten. Der Angriff auf den Iran werde, so Hershs Informanten, noch vor Ende der Amtszeit von Präsident Bush angestrebt.

In Washington und Jerusalem wurde dieser Bericht umgehend dementiert.

Die Ausführungen des Journalisten Hersh enthalten meiner Meinung nach nichts Sensationelles. Dass die USA und Israel militärisch und nachrichtendienstlich eng kooperieren, ist allgemein bekannt. Für Zielplaner in den USA und Israel ist mittel- und längerfristig die Planung militärischer Optionen unverzichtbar und dass sich die USA gegenüber dem Iran alle Optionen - auch militärische - offen halten, ist ebenfalls bekannt.

Während für die USA der israelisch-libanesischer Konflikt eher ein Nebenschauplatz ist, bleibt der Irak im Kräftespiel Washington-Teheran der Hauptschauplatz. Ernst Uhrlau, Präsident des Bundesnachrichtendienstes, zeichnete in einem Vortrag anlässlich des 17. Forums Bundeswehr und Gesellschaft am 23. Oktober 2006 in Berlin ein düsteres, aber realistisches und zutreffendes Bild, indem er anmerkte, dass das Risiko einer Fragmentierung des Irak entlang ethnisch/konfessioneller Trennlinien zunehme – mit weit reichenden Konsequenzen für die gesamte Region.

Der Ausgang der US-Kongresswahlen wird zweifelsohne Auswirkungen auf die Lage im Irak haben. Schon kündigen die Demokraten einen Gesetzesentwurf an, der die Bush-Regierung zu einem schrittweisen Abzug der US-Truppen aus dem Irak auffordern wird, wobei die Betonung bei schrittweise liegt. Gleichzeitig sollen die Ausgaben für die Kampftruppen im Irak erhöht werden.

Mit einer fundamentalen Kehrtwende der US-Außenpolitik ist jedoch nicht zu rechnen, da die Faktoren Macht und Interessen auch von den Demokraten berücksichtigt werden müssen. Zu erwarten ist allerdings ein höheres Maß an Flexibilität, sprich intensivere Gespräche mit Iran und Syrien, zunächst hinter den Kulissen, dann im Lichte der Öffentlichkeit.

Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der israelische Waffengang im Libanon aus strategischen Gründen erfolgte. Ziel war die Schwächung des verlängerten Arms des Irans, der Hisbollah, die sich zu einer ernsthaften Bedrohung für Israel in den letzten Jahren entwickelt hatte.

Die militärischen Zielsetzungen konnte Israel nur bedingt erreichen. Defizite in den Bereichen Planung, operative Führung und Logistik wurden sichtbar. Hier wird Israel nachbessern. Politisch wird sich noch zeigen müssen, inwieweit die Hisbollah geschwächt werden konnte.

Der Iran wird seine Ambitionen, Regional- und Atommacht werden zu wollen, zielstrebig fortführen. Gestärkt durch den von Teheran perzipierten „Sieg der Hisbollah“, dem zu erwartenden schrittweisen Rückzug der Amerikaner aus dem Irak, wird Teheran immer dort nachstoßen, wo die USA Schwäche zeigen.

Syrien wird in den kommenden Monaten eine „wait and see policy“ betreiben und seine Interessen zu sichern wissen. Für die europäische, amerikanische und israelische Politik werden sich Möglichkeiten zum politischen Dialog ergeben.

Die amerikanische Politik, mit militärischen Mitteln im Irak eine Neugestaltung des Nahen- und Mittleren Ostens zu erwirken, ist gescheitert. Gefragt sind in Washington, und nicht nur dort, neue Denkansätze. Das Kräftespiel um Macht und Einfluss in der strategisch so bedeutsamen Region des Nahen und Mittleren Ostens geht mit unverminderter Härte, bei taktischer Flexibilität, weiter.

Anmerkung: Die Ausführungen geben die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Dr. Peter Roell ist Präsident des Instituts für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) in Berlin